

Steinmeier bei Solvis: „Große Chancen für neue Arbeitsplätze“

SPD-Kanzlerkandidat besuchte mit Dr. Carola Reimann Braunschweiger Solar-Firma.

Bei seiner Sommerreise machte SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier in Braunschweig Station. Zusammen mit Dr. Carola Reimann, die Steinmeier in sein Kompetenzteam berufen hat, besuchte er die Braunschweiger Firma Solvis, die zu den Pionieren der Solarwirtschaft in Deutschland gehört.

Solvis stellt Solarkollektoren, Solarspeicher und Heizkessel her und bietet so komplette Heizanlagen an. Erst im März wurde eine neue Produktionsanlage eingeweiht. Das bringt viele zusätzliche Arbeitsplätze. Geht es nach Frank-Walter Steinmeier, soll der Staat zukünftig Firmen in dieser Branche stärker unterstützen. „Umwelttechnologien sind ein Stabilitätsanker in der Krise und Innovationstreiber in Deutschland. Deshalb möchte ich mit meinem Deutschland-Plan diesen Bereich fördern. Auf diese Weise könnten auch in Braunschweig viele weitere Arbeitsplätze entstehen“, erklärte der SPD-Kanzlerkandidat.

Dr. Carola Reimann lobte außerdem die Anstrengungen des Solar-Herstellers, Ausbildungsplätze zu schaffen: „Solvis hat sich an der Ausbildungsinitiative des Umweltmi-



Mitarbeiter der Firma Solvis erklären Frank-Walter Steinmeier und Dr. Carola Reimann die Technik und Herstellung der neuen Sonnenkollektoren. Vorn rechts Solvis-Geschäftsführer Helmut Jäger.

Foto: Jörg Hüster

nisteriums beteiligt und junge Leute für den Einstieg in die Zukunftsbranche Solartechnik gewonnen. Damit stemmt sich die Firma aktiv gegen den Fachkräftemangel. „Um weitere Arbeitsplätze zu schaffen, kooperiert Solvis mit zweiundzwanzig Unternehmen aus dem Bereich Maschinen- und Anlagenbau sowie der TU Braunschweig. Dabei steht auch der ständige Erfahrungsaustausch im Vordergrund.

Forschungsexpertin Reimann betonte in diesem Zusammenhang die Ziele im SPD-Regierungsprogramm: „2020 wollen wir mindestens 35 Prozent der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umgestellt haben, 2030 sollen es 50 Prozent sein. Ehrgeizige Ziele, aber mit solch starken Unternehmen wie Solvis und starken Forschungsstandorten

wie der Region Braunschweig geht das. Wir wollen, dass Deutschland ein Zentrum nachhaltiger Industrie-Produktion wird.“

Deshalb begleitete Carola Reimann den SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier auch zu weiteren Besuchsterminen. Im nordrhein-westfälischen Herten waren sie zu Gast auf dem Gelände des ehemaligen Bergwerks Ewald. Dort wird jetzt ein Wasserstoff-Kompetenzzentrum errichtet. Gestern noch Kohle, morgen Wasserstoff.

In Dortmund besuchten sie einen Technologiepark mit mehr als 280 Unternehmen und 8400 Mitarbeitern. Ein Forschungsschwerpunkt liegt dort in der Biomedizin. Auch hier könnten mit dem Deutschland-Plan von Frank-Walter Steinmeier zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen.

Wahlkundgebung



Münze kommt!

- Donnerstag, 24. September, 18.30 Uhr
 - Burgplatz, Braunschweig
- Sie sind herzlich eingeladen!*

Dr. Carola Reimann zum Deutschland-Plan:

„Nur mit neuen Ideen und einem klaren Kompass können wir es schaffen, dass die Krise nicht in eine lang anhaltende Schwächephase mit vielen Hunderttausenden zusätzlichen Arbeitslosen einmündet. Wem angesichts der Situation nur Steuersenkungen einfallen, hat nicht begriffen, was die Stunde geschlagen hat.“



Deutschland-Plan überfordert CDU und FDP

CDU und FDP reagieren planlos und verweigern die inhaltliche politische Auseinandersetzung

Dass in Wahlkampfzeiten nicht unbedingt mit Fairness bei politischen Auseinandersetzungen gerechnet werden kann, ist leider nur zu bekannt. Was sich aber politische Gegner nach der Vorlage des Deutschland-Planes von Frank-Walter Steinmeier leisten, sprengt schon den Rahmen.

Der Kanzlerkandidat der SPD hatte unter dem Titel „Die Arbeit von morgen - Politik für das nächste Jahrzehnt“ sein Regierungsprogramm vorgelegt. Im Zentrum dieses Programmes steht das Ziel, bis zum Jahre 2020 Vollbeschäftigung in Deutschland zu schaffen. Das bedeutet bei der gegenwärtigen Wirtschafts- und Beschäftigungslage, dass in diesem Zeitraum 4 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Steinmeier setzt einer von ihm geführten Bundesregierung dieses Ziel und beschreibt, mit welchen Maßnahmen er es erreichen will.



Die deutschen Wählerinnen und Wähler hätten wohl erwarten dürfen, dass sich die Politiker der anderen Parteien inhaltlich mit den Vorschlägen Steinmeiers auseinandersetzen und ihre eigenen Vorstellungen gegenüberstellen würden. Aber weit gefehlt. Bayerns Ministerpräsident Seehofer (CSU) sprach von „Fantasialand“ und Bundeskanzlerin Merkel (CDU) nannte die Forderung nach Vollbeschäftigung unredlich, sprach aber im ZDF-Sommerinterview kürzlich selbst von „Arbeit für alle“. Von den Ausfällen Westerwelles (FDP) ganz zu schweigen.

Alle diese Politiker haben ein schlechtes Gedächtnis: Als vor einem Jahr Bundespräsident Köhler (CDU) erklärte, Staat und Gesellschaft dürften sich nicht

mit einer Arbeitslosigkeit von über vier Millionen Menschen abgeben, und eine Agenda 2020 mit dem Ziel „Vollbeschäftigung“ forderte, bekam er von denselben Politikern Beifall. Das haben sie entweder vergessen oder verdrängt. Um mit Frau Merkel zu sprechen: Wer ist hier wohl unredlich?

Übersehen haben diese Politiker außerdem, dass alle Sachverständigen aus der Wirtschaft die Vorschläge Steinmeiers und der SPD begrüßen und unterstützen. Denn der Plan will die Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland, neue Jobs in einem modernen und solidarisch finanzierten Gesundheitssystem, die Nutzung der Kreativ- und Kulturwirtschaft als Beschäftigungsmotor und ein leistungsfähiges, modernes und gebührenfreies Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschule.

Man muss diese Vorstellungen nicht teilen, wenn man alles beim Alten lassen will. Dann sollte man aber auch zugeben, dass einem das Schicksal von über vier Millionen Arbeitslosen gleichgültig ist – oder Alternativen zu Steinmeiers Vorstellungen entwickeln und diskutieren. Die Wählerinnen und Wähler warten darauf.

Nordkurve

■ Manchmal werden Politiker von ihren eigenen Sprüchen eingeholt. „Mit ungläubigem Erstaunen haben die Fraktionen von CDU und FDP aus der Presse entnommen, dass die SPD-Ratsfraktion die Nordkurve des Stadions ausbauen will, und zwar sogar unabhängig von der Spielklasse, in der Eintracht spielt“, so die CDU im November 2007 auf ihrer Internetseite. Und weiter: „Das zeigt die ganze Unseriosität, zu der insbesondere Herr Pesditschek fähig ist. Nach seinen Vorstellungen soll die Stadt jetzt alles auf einmal machen: Schulen und Kindergärten sanieren, die Stadthalle modernisieren und jetzt auch noch die Nordkurve trotz der gegenwärtigen sportlichen Situation der Eintracht ausbauen“, kommentierte CDU-Fraktionsvorsitzender Sehart.

Stimmt! Das waren und sind die Forderungen der SPD. Und dass diese Forderungen mit finanzieller Unseriosität nichts zu tun haben, zeigt sich in diesen Wochen auf das Schönste – der symbolische erste Spatenstich zum Ausbau der Nordkurve ist erfolgt. Bis zur deutschen Leichtathletikmeisterschaft im Sommer nächsten Jahres soll das Objekt fertig sein. Gleichzeitig betont OB Dr. Hoffmann immer wieder,

dass die Finanzen der Stadt gesund seien – trotz der inzwischen eingetretenen Wirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.



Gute Stimmung in der überdachten Südkurve beim Saisonauftakt.

In Braunschweig gilt: Für alles, was CDU und FDP umsetzen wollen, ist Geld da. Gute und sinnvolle Vorschläge der SPD werden dagegen abgelehnt!

Ein anderes Beispiel: Dr. Hoffmann und Sehart sind wild entschlossen, den vor etwa 35 Jahren errichteten Rathausneubau teilweise abzureißen – weil er in seinem Baustil nicht

in das Umfeld von Schloss und Bohlweg passe. Sie fühlen sich offenbar als oberste Geschmacksschiedsrichter berufen. Dass die zum Abriss bestimmten Büroräume benötigt

werden und deshalb an anderer Stelle für teures Geld neu errichtet oder angemietet werden müssen, stört sie dabei wenig.

Noch im Juni dieses Jahres hatten sie den SPD-Antrag, nach der Nordkurve auch die Haupttribüne des Eintrachtstadions zu sanieren, mit Hinweis auf die Finanzen abgelehnt. Mit den Worten von Frau Merkel: „Das ist unredlich!“

Die SPD bleibt dabei: Das Oberzentrum Braunschweig braucht ein modernes und konkurrenzfähiges Stadion – für die Eintracht, für die Lions, für Leichtathletik, für Popkonzerte, für Veranstaltungen aller Art. Und wenn die Eintracht sich rappeln und möglicherweise in eine höhere Spielklasse aufsteigen könnte – umso besser.

Arbeit für die Menschen steht im Fokus

Beeindruckende Bilanz von Carola Reimann zeigt: Sie ist die Richtige für Braunschweig!

Braunschweig ist die Stadt der Wissenschaft. In kaum einer anderen Region arbeiten so viele Menschen in Forschungseinrichtungen. Dass sich Braunschweig als Standort für Wissenschaft und Forschung so erfolgreich entwickeln konnte, liegt auch an dem Engagement der promovierten Biotechnologin Reimann. Seit dem Jahr 2000 wirbt die Bundestagsabgeordnete unermüdlich beim Bund darum, Fördergelder in ihrer Heimatstadt zu investieren und hält einen engen Kontakt zu den Einrichtungen vor Ort.

Einfluss für Braunschweig nutzen

Allein in den letzten vier Jahren flossen 65 Millionen Euro nach Braunschweig. Das macht nicht nur weltweit anerkannte Spitzenforschung möglich, sondern bringt auch zahlreiche neue Arbeitsplätze. Die Berufung Reimanns in das Kompetenzteam von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier verdeutlicht nicht nur den Sachverstand der Bundestagsabgeordneten. Für Braunschweig eröffnet sich die Chance, mit Hilfe der einflussreichen SPD-Politikerin in den nächsten Jahren noch mehr Bundesmittel für die Forschungseinrichtungen einzuwerben und weitere Arbeitsplätze zu schaffen.

Vorhandene Arbeitsplätze erhalten

Für Carola Reimann stand allerdings auch die Sicherung von Arbeitsplätzen im Fokus. Gemeinsam mit Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und weiteren SPD-Politikern aus der Region konnte sie erfolgreich den Erhalt des VW-Gesetzes durchsetzen und damit



Kompetent, engagiert, sozial: Dr. Carola Reimann will die Braunschweigerinnen und Braunschweiger weiter im Bundestag vertreten.

Arbeitsplätze in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise sichern. Zu Reimanns Bilanz gehören aber auch Erfolge bei der Förderung der Braunschweiger Infrastruktur: Der Ausbau der ICE-Strecke Hildesheim Braunschweig gehört dazu. Dank des Konjunkturpaketes kann 2010 der Bau von Aufzügen auf dem Hauptbahnhof beginnen.

Engagiert und sozial

Soziales Engagement stellte Carola Reimann in ihrer Funktion als gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion erst kürzlich wieder unter Beweis: Mit ihrer Hilfe fließen jetzt 300.000 Euro für ein Ge-

sundheitsprojekt im westlichen Ringgebiet. Durch das Projekt erhalten vor allem sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche eine Chance, sich für Bewegung und Gesundheit zu begeistern.

Einsatz für Braunschweig

Am 27. September wird der Bundestag gewählt. Bis dahin wird Carola Reimann um die Unterstützung der Braunschweigerinnen und Braunschweiger werben, denn die 42jährige möchte Braunschweigs Interessen auch in den nächsten vier Jahren mit großem Engagement vertreten. Ihre Bilanz zeigt: Sie ist die Richtige für Braunschweig!

„Rund um die Uhr aktiv in Braunschweig und Berlin“

■ Carola Reimanns Arbeitsplatz ist für rund zwanzig Wochen im Jahr in Berlin. Dann finden die Sitzungswochen des Deutschen Bundestages statt. Zahlreiche Gremien, Ausschüsse und Arbeitsgruppen tagen. Die Braunschweiger Abgeordnete legt großen Wert auf die Facharbeit in Ausschüssen. Ihr Arbeitstag beginnt deshalb früh morgens und endet häufig erst am späten Abend. Einen Eindruck dieser Arbeit kann man in einem Kurzfilm auf ihrer Internetseite gewinnen.

Seit 2005 hat Reimann unter ihrem Namen elf Anträge und fünf große Gesetzentwürfe eingebracht. Dazu gehören das Stammzellgesetz und die gesetzliche Regelung zur Patientenverfügung. In den letzten vier Jahren hat sie im Plenarsaal des Bundestages 32 Reden gehalten.

Als Sprecherin für Gesundheit hat sie außerdem für ihre Fraktion ein gutes Dutzend



weiterer Gesetze auf den Weg gebracht. Gerade in der komplizierten Gesundheitspolitik, in der viele Einzelinteressen aufeinander stoßen, hat sie Ausdauer und Standhaftigkeit bewiesen. Wichtig war ihr für die Arbeit in Berlin der Kontakt zu Braunschweiger Krankenhäusern und Pflegeexperten, um Anregungen für die Gesetzesarbeit zu bekommen. Neben dem Di-

alog mit Experten suchte Reimann den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern. Über 5500 Braunschweiger Besucher begrüßte sie im Bundestag und bearbeitete etwa 1200 Bürgeranfragen. Zu ihrer Arbeit als Sprecherin für Gesundheit gehört auch der Kontakt zu den Medien in ganz Deutschland. Täglich stellt sie sich kritischen Fragen und wirbt für ihre politischen Ziele.

Außerhalb der Tagungswochen in Berlin ist sie in ihrem Wahlkreis tätig. Regelmäßig bietet sie im Bürgerbüro Sprechstunden an. Hier kann jeder vorbei kommen und über kleine oder größere Sorgen und Probleme mit ihr sprechen. Carola Reimann versucht dann, schnell und unkompliziert zu helfen. Jederzeit ist sie aber auch über das Internet erreichbar. Rund um die Uhr ist Carola Reimann aktiv – in Braunschweig und in Berlin.

Kaiser Otto kennt kein Picknick

Ordnungswut der Stadt bringt Braunschweig bundesweit unrühmlich in die Medien

Mit einer zwei Millionen Euro teuren, bundesweiten Werbekampagne sowie der Landesausstellung „Otto IV“ feiert Oberbürgermeister Hoffmann (CDU) das „Kaiserjahr“ – genauer: den glücklosen Welfen-Kaiser und seine kurze, wenig ruhmreiche Amtszeit. Die Reaktionen auf die kostspielige Geschichtsglorifizierung im Land waren, wie die Braunschweiger Zeitung berichtete, durchwachsen.

Zum medienpolitischen Gau für Braunschweig führte jedoch die harmlose Initiative eines freien Künstlers, der via Internet zu einem Picknick auf dem Schlossplatz aufrief. Aus purer Angst vor Müll und Menschenmassen sprach die Stadt kurzerhand ein Verbot der Aktion aus und drohte dem Urheber mit Regresskosten, wenn er seinen Aufruf nicht zurück nimmt. Veranstaltungen auf dem Schlossplatz müssen sich in den „städtebaulichen Kontext“ fügen, so die Sondernutzungssatzung der Stadt. Zwar können Bundeswehr-Rekruten vor der Fassade des ehemaligen Schlosses, das einst eine Junkerschule der SS beheimatete, feierlich ihr Gelöbnis ablegen oder Festspiele zu Ehren Ottos stattfinden. Picknicken hinge-



Die Jusos fordern die Aufhebung der Sondernutzungssatzung, die ihrer Meinung nach Raum für willkürliche Entscheidungen lässt. Es gebe in der Stadt immer weniger Plätze, die den Bürgern frei zur Verfügung stehen.

gen – völlig ausgeschlossen.

Dirk Schadt, Initiator des so genannten Picknick-Flashmobs, wandte sich daraufhin an die überregionalen Medien, die prompt reagierten. „Braunschweig vertreibt die Internetmeute“ schrieb ZEIT-Online, „Party-Angst in Braunschweig“ titelte Spiegel-Online. Berichte in den Online-Ausgaben von Focus, Stern und weiteren Medien folgten.

Zwar widerrief Schadt seine Picknick-Absicht, aber mehr als 300 Menschen ließen es sich nicht nehmen, ein Protest-Picknick auf dem Schlossplatz zu veranstalten. Mit dabei:

Ein Dutzend Journalisten aus ganz Deutschland und zwei Fernsichtteams.

Während OB Hoffmann gemeinsam mit CDU-Ministerpräsident Wulff die Landesausstellung zu Ehren des Kaisers eröffnete, picknickte Jung und Alt friedlich vor dem Schloss. Nach zwei Stunden löste sich das Picknick auf, angefallener Müll wurde von den Picknickern selbst weggeräumt.

Neuerliche Verbote harmloser öffentlicher Zusammenkünfte dürften sich Hoffmann und die Verwaltung nach dem Medien-Desaster allerdings zweimal überlegen.

Vierte IGS ist gestartet

Kapazität reicht in Braunschweig weiter nicht aus

■ Es war ein wichtiger Termin für 150 Kinder und ihre Familien: Am 7. August war die Einschulungsfeier für den fünften Schuljahrgang der neuen Integrierten Gesamtschule Volkmarode. Nach Begrüßung durch den Schulleiter, Christian Düwel, und einem kleinen Unterhaltungsprogramm – gestaltet von Schülerinnen und Schülern der IGS Querum und der Wilhelm-Bracke-Gesamtschule – war es endlich so weit: Die neuen Gesamtschüler lernten ihre Mitschüler und ihre Lehrer kennen, und das neue Schuljahr auf einer neuen Schule konnte seinen Anfang nehmen.

Mit Sicherheit ist auch dem Schulleiter und den Lehrerinnen und Lehrern des neuen Kollegiums ein Stein vom Herzen gefallen. Sie haben eine Leistung erbracht, auf die sie stolz sein können. Erst im Februar wurde das Gründungskollegium bestellt. Dabei hatte es eine immense Herausforderung zu bewältigen: Für die neue Schule war eine Konzeption zu entwickeln. Auf die Erfahrungen der vorhandenen Gesamtschulen konnte dabei nur teilweise zurückgegriffen werden, denn die Rechtslage

hat sich geändert. Die neue Gesamtschule ist keine gebundene Ganztagschule mehr wie die bisherigen IGSSen, sondern muss mit den Einschränkungen des Erlasses des ehemaligen Kultusministers Busemann (CDU) zur Offenen Ganztagschule leben. Außerdem mussten die Planungen zur Sanierung des Schulgebäudes den Anforderungen der Gesamtschule angepasst werden. Dies alles in weniger als einem halben Jahr neben der normalen Berufstätigkeit als Lehrer! Das Gründungskollegium verzagte vor dieser Herkulesaufgabe nicht, sondern bewältigte sie mit Mut, Fleiß und Tatkraft.

Damit ist die Kapazität der Braunschweiger Gesamtschulen auf etwa 533 Plätze pro Schuljahrgang gestiegen. Das reicht bei weitem noch nicht aus: Für die Schulform Gesamtschule lagen 776 Anmeldungen vor. 243 Kinder konnten nicht die Schulform ihrer Wahl besuchen.

Es bleibt dabei: Eine fünfte Gesamtschule – möglichst im Süden der Stadt – muss durchgesetzt werden, trotz des Widerstandes von CDU und FDP im Rat der Stadt.

SPD im Dialog auf dem Kohlmarkt

**Hubertus Heil,
SPD-Generalsekretär**

● Montag, 21. Sept., 16.30 Uhr

**Peer Steinbrück,
Bundesfinanzminister**

● Donnerstag, 10. Sept., 16 Uhr

Sie sind herzlich eingeladen!

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (VidSP), Sigrid Herrmann, Matthias Stoffregen

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 47 000 Exemplare

Bankverbindung/Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11

SPD